

Gerschewski, Johannes; Merkel, Wolfgang; Schmotz, Alexander; Stefes, Christoph H.; Tanneberg, Dag

Article — Accepted Manuscript (Postprint)

Warum überleben Diktaturen?

Politische Vierteljahresschrift (PVS)

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Gerschewski, Johannes; Merkel, Wolfgang; Schmotz, Alexander; Stefes, Christoph H.; Tanneberg, Dag (2013) : Warum überleben Diktaturen?, Politische Vierteljahresschrift (PVS), ISSN 0720-4809, Nomos, Baden-Baden, Vol. Sonderheft 47, pp. 106-131, <https://doi.org/10.5771/9783845244655-111>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/226172>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Warum überleben Diktaturen?

Johannes Gerschewski, Wolfgang Merkel, Alexander Schmotz, Christoph H. Stefes, Dag Tanneberg

1. Einleitung¹

Die wissenschaftliche Analyse politischer Regime prägte im 20. Jahrhundert ein demokratisches Vorurteil. In unzähligen Studien wurde versucht, Demokratien zu typologisieren, ihr Entstehen und Zusammenbrechen zu erklären und jene Faktoren zu benennen, die demokratische Regime gegen externe wie interne Schocks immunisieren. Das überragende Erkenntnisziel war der Konsolidierung demokratischer Regime verpflichtet. Auch wenn diese Studien nicht immer das Stadium ausgereifter Theorien erreichten, weiß man doch heute erheblich mehr über demokratische als über autokratische Herrschaft. Dabei legten u. a. Hannah Arendt (1951), Carl J. Friedrich (1957) und Juan Linz (1975) bemerkenswerte empirische und typologische Beiträge vor, welche die unterschiedlichen Ausprägungen autokratischer Herrschaft beleuchteten. Eine allgemeine Theorie der Entstehung, des Fortbestandes und Niedergangs autokratischer Regime lieferten jedoch weder sie noch nachfolgende Autoren.

Dies ist umso bemerkenswerter, da sich viele autokratische Regime den Demokratisierungswellen der letzten Jahrzehnte entzogen haben. China, Vietnam, Iran, Russland und viele andere politische Regime in Asien und Afrika zeigen, dass Prognosen über den unausweichlichen Sieg der Demokratie über alle andere Regimeformen spekulativer Natur waren. Und nicht nur das: Seit vier Jahren wird eine schleichende Erosion demokratischer und freiheitlicher Werte beobachtet (Puddington 2010). Entsprechend postulierte Azar Gat (2007) gar die „Rückkehr der autoritären Großmächte“ und Larry Diamond (2008) befürchtete ein „demokratisches Rollback“.

Auch wenn hier die Rückkehrthese und die globalen Autokratisierungstendenzen für Artefakte gehalten werden, die vor allem auf die unterschiedlichen Theoriekonjunkturen der letzten 20 Jahre zurückgehen (Merkel 2010a), ist die zähe Persistenz autokratischer Regime nicht zu leugnen. Freedom House bezeichnete im Jahr 2010 weltweit 42 Regime als „not free“. Daran ändern auch die Revolutionen und Rebellionen in den arabischen Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens nichts, denn ihr Ausgang bleibt vorerst ungewiss. Robuste rechtsstaatliche

¹ Der Beitrag präsentiert den theoretischen Rahmen des von der DFG geförderten Forschungsprojekts „Critical Junctures and the Survival of Dictatorships“ (<http://www.wzb.eu/de/forschung/zivilgesellschaft-konflikte-demokratie/demokratieforschung/critical-junctures>). Die Autoren danken Laura Appeltshauser, Sophie Eisentraut, Laura Lambert und Wardah Tamim für ihre Unterstützung. Für ihre kritischen Anmerkungen und Verbesserungsvorschläge gilt der Dank auch den anonymen Gutachtern, den beiden Herausgebern und Andreas Schedler.

Demokratien sind in den nächsten Jahrzehnten nicht zu erwarten. Allerdings liefern die Erschütterungen in der arabischen Welt reiche empirische Anschauung, wie einstmals als besonders stabil geltende Diktaturen rasch ins Wanken geraten können. Theorien hat die Politikwissenschaft dafür nicht. Gegenwärtige Ex-post-Erklärungen sind auffallend oft untheoretisch und partiell.

Jedoch etablierte sich in der Politikwissenschaft in den letzten Jahren ein neuer Strang der Autokratieforschung. Dieser jüngere Zweig hebt sich durch einen systematischeren und theoretischeren Zugriff auf autokratische Regime von den stärker deskriptiven Studien der 1950er bis 1980er Jahre ab. Er sucht unter Verwendung von Vergleichsanalysen mit hohen Fallzahlen nach verallgemeinerbaren Theorieaussagen. Die Dominanz handlungstheoretischer Analysen auf der Akteursebene ist dabei frappant. Es bleibt allerdings offen, wie solche mikrofundierte Erklärungen das Makrophänomen der Regimestabilität begründen sollen. Im scharfen Kontrast hierzu stehen die Modernisierungstheorie sowie strukturalistische Ansätze (u. a. Lipset 1959, 1994; Rueschemeyer et al. 1992), die jedoch die kontingente Wirkung von Akteuren auf die Regimeentwicklung ignorieren (Merkel 2010a).

Daraus folgert dieser Beitrag, dass es an einem Brückenschlag zwischen mikro- und makro-theoretischen Elementen in der Regimeforschung mangelt. Der Historische Institutionalismus kann einen solchen theoretischen wie methodischen Brückenschlag bilden (Hall u. Taylor 1996; Thelen 1999), weil er als Variante des Neoinstitutionalismus folgende theoretische Optionen eröffnet:

- Er betont Institutionen als Opportunitätsstrukturen, innerhalb derer Akteure ihre Strategien entwickeln und Koalitionen formen.
- Er vermag frei von Teleologie sowohl Persistenz(-pfade) wie auch Wandel zu erklären.
- Er stellt mit der Denkfigur der *Critical Junctures* einen Erklärungsrahmen bereit, der die interaktive Rolle von Institutionen und Akteuren in akuten Regimekrisen besonders in den Blick nimmt.

Allerdings ist der Historische Institutionalismus nur ein theoretischer Rahmen, der im Hinblick auf das Explanandum – die Stabilität autokratischer Systeme – weiterentwickelt und konkretisiert werden muss.

Durch das Zusammenführen der Erkenntnisse der neueren und älteren Autokratieforschung wird in diesem Beitrag ein Modell autokratischer Herrschaft entwickelt, das Legitimation, Repression und Kooptation als die drei wesentlichen regimetragenden Funktionen begreift.² Die Stabilität autokratischer Regime hängt dabei ganz wesentlich davon ab, ob sich die Interaktionsbeziehungen zwischen den Herrschenden und den Herrschaftsunterworfenen in diesen drei Funktionsbereichen verstetigen. Die den Interaktionsbeziehungen zugrunde liegenden Normen und Regeln (Institutionen) bilden die drei Säulen autokratischer Stabilität. Dabei stehen die Legitimations-, die Kooptations- und die Repressionssäule in einem Wechselverhältnis. Kurzfristig kann eine Säule die Schwäche einer anderen Säule

² Dieses hier explizierte Modell der drei Säulen autokratischer Stabilität basiert auf den theoretischen Überlegungen von Johannes Gerschewski (2010).

kompensieren. Langfristig können jedoch institutionelle Defizite in einer Säule auf die Institutionen in den anderen Säulen überspringen. Institutionelle Fehlleistungen akkumulieren sich so zu einer *Critical Juncture* – einem Moment, in dem die grundlegende Ordnung des autokratischen Regimes erschüttert ist und zur Disposition steht. Dieses Modell wird im weiteren Verlauf dieses Beitrags expliziert. Bevor dies jedoch geschieht, soll in einer Durchsicht der jüngeren Autokratieforschung kritisch geprüft werden, welches Wissen über die Stabilität von Diktaturen vorliegt, worauf aufgebaut werden kann und welche Forschungsdesiderata existieren (vgl. auch Köllner 2008; Kailitz 2009a).

2. Die Forschungsbilanz der jüngeren Autokratieforschung

Konzeptionalisierung des Autokratiebegriffs. Das Erkenntnisinteresse der jüngeren Autokratieforschung richtet sich auf politische Regime als Ganzes. In diesem Beitrag werden politische Regime als die Gesamtheit all jener Kerninstitutionen konzeptionalisiert, die den Zugang zu politischer Macht regeln und darüber hinaus bestimmen, wie die Herrschenden diese Macht ausüben (Fishman 1990, S. 428; Lawson 1993; Merkel 2010b, Kap. 1). Wichtigstes Kriterium zur Unterscheidung von Demokratie und Autokratie ist dabei der Zugang zur Macht. Der Klassifikation von Przeworski et al. (Alvarez et al. 1996; Cheibub et al. 2010) folgend werden Demokratien als solche Regime definiert, in denen das Volk die Regierung und die Legislative direkt oder indirekt wählt, mehr als eine Partei zur Wahl antritt und über eben diese Wahl ein Machtwechsel je nach den Präferenzen der Bevölkerung möglich wird. Unter diesen Umständen ist der Herrschaftszugang geöffnet. Bleibt eines dieser Kriterien unerfüllt, so ist der Machtzugang geschlossen. Dann ist hier von einem autokratischen Regime die Rede.

Stabilität und Instabilität autokratischer Regime. In der Autokratieforschung dominiert die Frage nach den Bedingungen der Stabilität autokratischer Regime. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich aber, dass ein Großteil der Studien eher nach Erklärungen für die Persistenz bzw. Dauerhaftigkeit oder das Überleben von Autokratien sucht, als sich wirklich mit dem weitaus komplexeren Konzept der Stabilität zu befassen (vgl. Bank 2009, S. 32). Eine konzeptionelle Unterscheidung der Begriffe „Stabilität“ und „Persistenz“ wird nur selten vorgenommen. Dies mag vor allem der Tatsache geschuldet sein, dass Persistenz die empirisch wesentlich einfacher zu fassende Kategorie darstellt. Als Maß autokratischer Persistenz werden dabei wahlweise die Amtszeit von Diktatoren (etwa Wintrobe 1998; Svobik 2009), die Beständigkeit autokratischer Subtypen (etwa Geddes 1999; Hadenius u. Teorell 2007; Magaloni 2008) oder die Dauer von Autokratie *per se* (etwa Przeworski u. Limongi 1997; Przeworski et al. 2000; Burnell 2006; Taagepera 2003; Levitsky u. Way 2006; Ulfelder 2007) ins Auge gefasst.

Anders als Persistenz, die lediglich die Abwesenheit von Wandel bezeichnet, transportiert Stabilität eine substanziellere Bedeutung. Stabilität beschreibt die Kapazität, Herausforderungen zu begegnen und sich ändernden Umweltafordernungen anzupassen. Diese Kapazität wird mittels drei Säulen der Stabilität autokratischer Regime gewährleistet, deren Wirken im vorliegenden Beitrag skizziert werden soll (Gerschewski 2010).

Institutionelle Erklärungsansätze in der neueren Autokratieforschung. Seit Barbara Geddes' Studie von 1999 wird in der jüngsten Forschung angenommen, dass autokratische Regime sich mit einem grundsätzlichen Dilemma konfrontiert sehen: Diktatoren können ohne den Rückhalt staatlicher und gesellschaftlicher Akteure, etwa aus Militär und Wirtschaft, weder effizient regieren noch sich dauerhaft an der Macht halten. Im Gegenzug zu deren Loyalität müssen Diktatoren politische Macht oder ökonomische Vorteile mit ihren Unterstützern teilen (Wintrobe 1998). In Abwesenheit einer übergeordneten und unabhängigen Instanz gibt es jedoch keine Garantien für die Einhaltung solcher Machtteilungsarrangements. Diktatoren könnten frühere Getreue ausbieten, um ihre Macht stärker zu konzentrieren, während die Unterstützer ihren Einfluss nutzen könnten, um die Machtbasis des Regimes zu unterhöhlen oder sich gar selbst an dessen Spitze zu setzen (Boix u. Svolik 2008; Brownlee 2008; Svolik 2009). Da sich beide ihrer prekären Lage bewusst sind, besteht – zumindest spieltheoretisch gesehen – immer die Gefahr eines Präventivschlags der einen oder der anderen Seite.

Angesichts dieser Unwägbarkeiten betonen Gandhi und Przeworski den Nutzen von Institutionen für das (politische) Überleben autokratischer Herrscher (Gandhi u. Przeworski 2006, S. 21): „dictatorships maintain institutions for systematic reasons: to mobilize cooperation and, if the opposition is threatening, also to thwart the danger of rebellion.“ Viele Autoren folgen dieser Einschätzung, und so werden insbesondere Parteien, Wahlen und Parlamente in autokratischen Regimen umfangreiche Konfliktlösungskapazitäten zugesprochen (Schedler 2006; Boix u. Svolik 2008).³ Sie erhöhen die Transparenz der Machtteilungsarrangements und entschärfen dadurch das moralische Risiko einer Verhaltensänderung aufgrund eines wahrgenommenen Widerspruchs zwischen kollektiver und individueller Rationalität unter den Herrschaftseliten und ihren engsten Unterstützern (*moral hazard*). Gleichzeitig signalisiert der Diktator mit der Etablierung dieser Institutionen, dass es ihm mit dem Machtteilungsarrangement ernst ist. Dafür stellen die Institutionen Regeln zur Verhinderung oder Beilegung von Disputen unter den autokratischen Eliten bereit, um zum Beispiel die Nachfolge eines verstorbenen Diktators zu klären oder die friedliche Koexistenz einzelner Regimefraktionen zu gewährleisten (Brownlee 2007; Geddes 1999; Magaloni 2006). Zudem binden Institutionen Unterstützer dauerhaft an das Regime, indem sie die Verteilung materieller und immaterieller Vorteile regeln (Geddes 1999; Greene 2007; Magaloni 2006). Ferner vermögen Wahlen und der Zugang zum Parlament, die Opposition unter Umständen zu marginalisieren oder gar zu spalten (Gandhi u. Przeworski 2006, 2007; Gandhi 2008; Schedler 2006).

Kurzum: Formelle Institutionen in autokratischen Regimen dienen der Konfliktregulierung innerhalb der autokratischen Herrschaftseliten sowie der *Kooptation* von Akteuren, die über strategisch wichtige Ressourcen verfügen. Gleichwohl geht aus der Literatur nicht klar hervor, wer an das Regime gebunden wird, wie dies geschehen soll und wann solche Kooptationsversuche besonders erfolgreich sind

³ Erstaunlicherweise werden in diesem Zusammenhang Gerichte als formelle Institutionen mit Problemlösungskapazität selten erwähnt. Dabei dürften gerade diese eine zentrale Rolle bei der Verregelung von Konflikten zwischen den Eliten spielen (vgl. die Beiträge in Ginsburg u. Moustafa 2008).

oder scheitern. In jedem Fall verengt sich die Analyse im Wesentlichen auf Eliten (Lambach u. Göbel 2010, S. 81). Dafür dürfte die in der Autokratieforschung populäre spieltheoretische Variante des Institutionalismus verantwortlich sein.

Kritik an neueren Ansätzen. Trotz seiner elitentheoretischen Engführung liefert der jüngste Strang der Autokratieforschung auch wichtige, neue empirische Einsichten. Im Durchschnitt überleben jene autokratischen Regime länger, in denen hegemoniale oder dominante Parteien regieren, in denen (semikompetitive) Wahlen abgehalten werden und Parlamente mit zumindest teilweise autonomen legislativen Kompetenzen bestehen (Geddes 1999; Gandhi u. Przeworski 2006, 2007; Hadenius u. Teorell 2006, 2007; Roessler u. Howard 2009; Magaloni 2008; Magaloni u. Kricheli 2010). Doch bei näherem Hinsehen zeigt sich die Unzulänglichkeit der empirischen Befunde, heben sie nach dem Vorbild von Geddes (1999) doch immer auf Durchschnittswerte ab. Tatsächlich streut die Persistenz autokratischer Regime zwischen und auch innerhalb einzelner Typen so weit, dass bei einem Urteil nach dem arithmetischen Mittel bedeutende Varianzen unterhalb der Aggregatebene schlicht ignoriert werden (für Einparteieregime vgl. Smith 2005, S. 423). Um ihnen auf die Spur zu kommen, gilt es, die theoretischen Annahmen der modernen Autokratieforschung kritisch zu prüfen und ihre methodischen Herangehensweisen zu überdenken.

So werden die einzelnen Institutionen oft nach Funktionen und Zeithorizonten wenig differenziert betrachtet. Parlamente, Wahlen und Parteien erfüllen demnach jede für sich dieselben Funktionen und das über die Zeit auch noch gleich gut. Jedoch zeigen einige Studien, dass zum Beispiel das Schlichtungspotenzial politischer Parteien vom Ausgleich intra-elitärer Konflikte während der Gründungsphase autokratischer Regime abhängt. Gelingt die Integration widerstreitender Interessen zu diesem Zeitpunkt nicht, leiden die entstehenden Parteien dauerhaft an dem Defekt, spätere Konflikte zwischen verschiedenen Gruppen und Fraktionen nicht hinreichend regeln zu können (Brownlee 2007, 2008). Die Bindekraft von formellen Institutionen variiert demnach über die Zeit und ist insbesondere während der Entstehung des Regimes nicht außerordentlich ausgeprägt (Mahoney 2001, S. 114f.; Thelen 1999). Diese Schwankungen sind unter anderem darauf zurückzuführen, dass Institutionen nicht isoliert voneinander existieren, sondern miteinander interagieren (Mahoney u. Thelen 2010a). Das Wechselspiel zwischen Parteien, Parlamenten und Wahlen, ihre wechselseitigen Stärkungen und Schwächungen wurden für autokratische Regime bisher weder hinreichend untersucht noch in einem theoretischen Rahmen zueinander in Beziehung gesetzt.

Ähnliches gilt für die ambivalente Wirkung dieser Institutionen auf die Stabilität und Überlebensfähigkeit von autokratischen Regimen. Mit wenigen Ausnahmen wird die erodierende Wirkung von semikompetitiven Wahlen unterschätzt (eine Ausnahme stellt z. B. Lindberg 2006 dar). Die Plattform, die sie potenziell opponierenden Gruppen bieten, kann die systemstabilisierenden Effekte durch Verregelung der regimeinternen Elitenkonflikte bei Weitem übertreffen. Die Überschätzung der regimestabilisierenden Wirkungen ist ein theoretisches Erbe der am Modell der rationalen Wahl orientierten Ansätze, die vor allem *moral hazards* unter den Regimeeliten in das spieltheoretische Blickfeld rücken, den Opportunitätsstrukturen massenhafter Protestmobilisierung hingegen kaum Aufmerksamkeit schenken.

In diesem Zusammenhang soll auf ein zweites Defizit hingewiesen werden: Über formelle Institutionen hinaus strukturieren informelle Normen und Regeln das Verhalten von Akteuren. Die Dominanz informeller Institutionen ist charakteristisch für viele Autokratien, zumal für neopatrimoniale Regime (Bratton et al. 1994; Erdmann u. Engel 2007). Zahlreiche Studien belegen, dass Diktatoren oft klientelistische Netzwerke, systemische Korruption oder bestehende Klanstrukturen für ihren Machterhalt einsetzen (Chehabi u. Linz 1998; Collins 2009; Darden 2008; Stefes 2006). Welchen Stellenwert formelle im Verhältnis zu informellen Institutionen dann noch genießen, blieb bisher unbeantwortet. Wenn informelle Institutionen eine stark prägende Wirkung auf Akteursverhalten haben, könnten Parlamente und Parteien nur noch formales Ornament sein. Es ist aber auch möglich, dass sie sich funktional mit informellen Institutionen verschränken, ja, die formellen von den informellen Institutionen okkupiert und von innen aufgebrochen werden. Der formelle Interaktionscode wird dann informalisiert und die Institutionen geraten zu leeren Hüllen. In jedem Fall kann die konkrete Bedeutung formeller Institutionen nur verstanden werden, wenn sie in ihrer Interaktion, Konkurrenz oder Symbiose mit informellen Institutionen in den analytischen Fokus gerückt werden (Helmke u. Levitsky 2004; Lauth 2000; Merkel u. Croissant 2000; Stefes 2003 sowie Köllner in diesem Band).

Ein grundsätzliches Problem der jüngeren Autokratieforschung erwächst also aus ihrer Stilisierung der Kooptation von Eliten zur *wesentlichen* regimeerhaltenden Funktion. Diese Perspektive ignoriert weitgehend die potenziell entscheidende Rolle der Bevölkerung. Bunce (1995) richtete diese Kritik schon gegen die Transitionsforschung, die in den 1980er und 1990er Jahren versuchte, die politischen Umbrüche in Lateinamerika und Osteuropa zu erklären. Die Bevölkerung hat aber angesichts der tragenden Rolle der (zivil-)gesellschaftlichen Mobilisierung während der Farbenrevolutionen sowie des Arabischen Frühlings neues Gewicht gewonnen. Für die ältere Autokratieforschung stand das Verhältnis zwischen Herrschenden und Bevölkerung noch im Mittelpunkt. Autoren wie Arendt (1951), Friedrich und Brzezinski (1957) sowie Linz (1975) argumentierten, dass autokratische Herrschaft in der Bevölkerung entweder legitimiert oder durch repressive Maßnahmen verteidigt werden müsse. In der neueren Autokratieforschung finden die regimestützenden Funktionen der Repression und Legitimation zwar in mehreren Studien Beachtung (Burnell 2006; Davenport 2007; Diamond 2002; Way u. Levitsky 2005), doch auch diese Anknüpfung an die ältere Autokratieforschung (Kailitz 2009a) lässt eine theoretische Synopse der Erkenntnisse verschiedener Forschungsstränge bisher vermissen. Obwohl empirische Studien an konkreten Fällen zeigen, wie Kooptation, Repression und Legitimation sich wechselseitig beeinflussen und mithin autokratische Regime sowohl stabilisieren als auch unterminieren können (Albrecht 2005; Stefes 2010; Stefes et al. 2011), stellt die Formulierung einer auf Kooptation, Legitimation und Repression umfassend aufbauenden Theorie des Autoritarismus eine bleibende Aufgabe der Forschung dar (Gerschewski 2010). Indem diese drei Säulen in diesem Beitrag durch das Theorem der *Critical Junctures* ergänzt und mit dem Handeln der jeweils relevanten Akteure in Verbindung gesetzt werden, wird ein wichtiger theoretischer Schritt zum Verständnis von Stabilität und Instabilität diktatorialer Herrschaft geleistet.

3. Überzeugung, Nutzen, Angst: Warum Akteure autokratischen Regimen

Gefolgschaft leisten

Maßgeblich für das Überleben politischer Regime ist die Akzeptanz, mindestens aber die Tolerierung des Regimes seitens der herrschaftsunterworfenen Akteure. Von einem Regime kann erst gesprochen werden, wenn eine hinreichende Zahl der relevanten Akteure seine konstitutiven Regeln faktisch akzeptiert.⁴ Entsprechend identifiziert Gerardo Munck (1996) bei einer Bestandsaufnahme von Regimekonzepten neben einer prozeduralen auch eine *Verhaltensdimension* politischer Regime (siehe auch O'Donnell u. Schmitter 1986, S. 73; Garzón Valdés 1992 [1987]; Schmitter u. Karl 1991, S. 76; Mainwaring 1992, S. 296; Skaaning 2006). „This second dimension draws attention to the importance of actors and to a simple but extremely consequential point: that procedural rules structure and shape the conduct of politics only inasmuch as actors accept or comply with these rules“ (Munck 1996, S. 6f.). Werden die herrschaftssichernden Regeln des autokratischen Regimes von einer kritischen Masse von Akteuren nicht mehr befolgt, steht das Überleben des Regimes infrage.

Ob die Akzeptanz der formalen Regeln auf grundsätzlicher normativer Zustimmung oder auf strategischen Erwägungen beruht, sei, so Munck, für die Geltung des Regimes zunächst nebensächlich (Munck 1996, S. 7). Für den Machterhalt autokratischer Herrscher ist von großer Bedeutung, dass autokratische Regimeeliten in der Lage sein müssen, *beide* Formen der Zustimmung zu generieren: zum einen die rein strategische, zum anderen eine auf normativer Überzeugung beruhende Zustimmung. Für beide Varianten müssen die herrschenden Eliten den Akteuren entsprechende Anreize liefern.

Akteure unterstützen (autokratische) Regime aus drei Motiven: sie erachten das Regime für rechtens, sie profitieren von der Kooperation mit der Führung oder sie müssen bei Zuwiderhandeln Sanktionen befürchten.⁵ Um zu überleben, müssen autokratische Regime genau diese drei Motive bedienen. Allerdings genügt es dabei nicht, Anreize lediglich situativ und im Bedarfsfall zu setzen.

⁴ In gescheiterten oder scheiternden Staaten macht deshalb die Unterscheidung zwischen verschiedenen Regimetypen wenig Sinn. In Erweiterung des von Juan Linz and Alfred Stepan postulierten Diktums gilt also, dass wo kein Staat, auch kein Regime sein kann (Linz u. Stepan 1996; Kailitz 2009b, S. 225).

⁵ Die soziologische Handlungstheorie liefert starke Hinweise auf die Allgemeingültigkeit der drei Motive als Grundlage regelkonformen Verhaltens. So stützt sich nach Hartmut Esser (1993, 2000a, 2000b, 2004) die „dauerhafte Geltung der Regeln einer institutionellen Ordnung“ einerseits auf Sanktion und vor allem auf die „Einrichtung eines Sanktionierungsapparates [...], der für die Verhängung der Sanktionen zuverlässig sorgt“ (Esser 2000a, S. 9). Andererseits basiere eine institutionelle Ordnung auf Legitimität, verstanden als Richtigkeit (kognitiv zutreffend, sachgerecht) oder Gerechtigkeit (moralisch vertretbar) (Esser 2000a, S. 9). Dabei betont Esser den Prozess der Legitimation, also der *Vermittlung* der Vorstellung von Legitimität. Gleichzeitig verweist der Autor jedoch auf die Bedeutung der Interessen von Akteuren: „Ohne irgendeine Fundierung in den Interessen der Menschen oder gar gegen sie kann sich auf Dauer die Legitimität einer institutionellen Ordnung nicht halten. Und dann bewirken auch noch so harte Sanktionen schließlich nicht mehr viel“ (Esser 2000a, S. 9f.). Für Esser stellen Interessen demnach eine übergeordnete Kategorie dar, während sie hier als der Legitimation und Repression gleichwertig in der Säule der Kooptation modelliert werden. Festzuhalten bleibt jedoch die Übereinstimmung der drei Unterstützungsmotive seitens der herrschaftsunterworfenen Akteure.

Autokratische Herrscher sind bestrebt, die drei Unterstützungsmotive bei den Beherrschten dauerhaft und verlässlich anzusprechen. Autokratien sind umso robuster, je gründlicher die drei Motive in der Interaktion der Herrschaftsunterworfenen mit den Vertretern des Regimes *institutionalisiert* sind. Unter *Institutionen* werden in diesem Beitrag die Regeln und Normen verstanden, die die Interaktionen von Herrschern und Beherrschten strukturieren und damit eine Regelmäßigkeit dieser Interaktionen erzeugen. Institutionalisierung bezeichnet hier einen Prozess, in dessen Verlauf immer mehr Akteure immer häufiger die handlungsleitenden Regeln und Normen des Regimes (kurz: Institutionen) befolgen.

Sind die drei Unterstützungsmotive – Rechtmäßigkeit, Nutzen und Angst – dauerhaft und verlässlich in der Interaktion von Herrschern und Beherrschten institutionalisiert, sprechen wir von den *drei Säulen autokratischer Stabilität: Legitimation, Repression und Kooptation* (Gerschewski 2010). Jeder Säule entspricht jeweils ein Unterstützungsmotiv: Die Grundlage der Legitimation ist der Glaube an die Rechtmäßigkeit⁶ des Regimes; Kooptation baut auf den nutzenmaximierenden Akteur; während Repression auf der Angst vor Sanktionsmaßnahmen basiert.⁷ Institutionalisierung bedeutet dann, dass die Unterstützungsmotive nicht jedes Mal aufs Neue abgefragt werden müssen.

Durch die drei Herrschaftssäulen sollen unterschiedliche Akteursgruppen gebunden werden. Mit Legitimationsmaßnahmen adressieren die Herrscher die Bevölkerung als Ganzes; Repression richtet sich an (potenzielle) Regimegegner und Oppositionelle beziehungsweise an alle Akteure, die sich anschicken, aktiv gegen das Interesse des Regimes zu handeln; Kooptation nimmt Eliten aus Wirtschaft, Staat und Gesellschaft ins Visier. Die Zuordnung der drei Säulen zu bestimmten Akteuren ist dabei idealtypisch zu verstehen: Repression trifft potenziell jeden, auch die kooptierten Eliten sind Zielobjekte der Legitimationsrhetorik des Regimes.

Die drei Säulen der Stabilität autokratischer Regime schlagen die Brücke zwischen der Akteurs- oder Mikroebene, auf der sich allein die Interessen, Präferenzen und Motive der Akteure für deren Handeln verantwortlich zeichnen, und der Institutionen- oder Makroebene, die darlegt, wie Interessen, Präferenzen und Motive durch Institutionen kanalisiert, gefiltert und mitunter sogar erst geschaffen werden. Der vorliegende theoretische Rahmen versteht sich daher dezidiert in der Tradition des Neoinstitutionalismus (vgl. u. a. Hall u. Taylor 1996; Thelen u. Steinmo 1992; Immergut 1998), der die Einbettung von Akteursentscheidungen in institutionelle Kontexte betont.

⁶ Rechtmäßigkeit ist nicht im rechtsstaatlichen Sinne des Rechts zu verstehen. Gemeint ist hier die Überzeugung, dass normative Geltungsgründe, etwa Ideologie, Religion, für die Existenz eines (diktatorischen) Regimes geglaubt werden.

⁷ Es ist zwischen dem Motiv der Angst für die Repression und der Nutzenmaximierung für die Kooptation zu unterscheiden. Repression könnte ebenfalls als Kosten-Nutzen-Kalkül aufgefasst werden; es wäre jedoch nur eine einseitige Fokussierung auf die Vermeidung von Kosten (Sanktionierung), die dann wiederum als Nutzen gesehen werden müsste. Die Konzentration auf das Motiv der Angst erscheint daher hier angemessener.

In der Frage, wie sich Institutionen generell reproduzieren können, verweist James Mahoney (2000, S. 515-526) treffend auf vier zu unterscheidende Reproduktionsmechanismen, von denen drei für unser Theoriemodell relevant sind⁸:

- der von Kosten-Nutzen-Kalkulation geprägte utilitaristische Mechanismus,
- der macht- und ressourcenbasierte Mechanismus sowie schließlich
- der Legitimationsmechanismus.

Wie im Folgenden gezeigt wird, korrespondiert jeder der drei Mechanismen in spezifischer Weise mit der Reproduktion von Legitimation, Repression und Kooptation.

Die Institutionalisierung von Legitimation, Kooptation und Repression vollzieht sich in einem selbstverstärkenden, pfadabhängigen Prozess. Sind Institutionen einmal eingerichtet, konditionieren sie in hohem Maße ihren Entwicklungspfad selbst, indem aufkommende Handlungsalternativen von zuvor getroffenen Entscheidungen beschränkt werden. Institutionen entwickeln so ein spezifisch pfadabhängiges Beharrungsvermögen. Mit dem Verweis auf Pfadabhängigkeiten sind auch eher ungewöhnliche Phänomene der Persistenz ineffizienter und dysfunktionaler Strukturen erklärt (Beyer 2006, S. 11-14; North 1990; Pierson 2000; Putnam 1993; Thelen 1999).

4. Legitimation, Kooptation, Repression: Wie autokratische Regime Gefolgschaft erzeugen

Legitimation. Mit Max Weber (1956 [1921], S. 122) wird Legitimation hier als ein rein empirisches Konzept verstanden, das auf dem „Legitimitätsglauben“ an die Geltung der politischen Ordnung durch die Herrschaftsunterworfenen basiert. Im Gegensatz zur früheren Autokratieforschung vernachlässigen neuere Forschungsstränge die Legitimationsdimension häufig. Auch autokratisch verfasste politische Systeme müssen jedoch ein bestimmtes Maß an Legitimitätsglauben in der Bevölkerung stiften, um sich langfristig zu stabilisieren. Dieser Glaube kann sich aus verschiedenen Quellen speisen und über verschiedene Dimensionen erstrecken (Beetham 1991; Haldenwang 1999; Levi et al. 2009; Scharpf 1999; Stillman 1974). Der hier dargestellte Ansatz folgt der bekannten Unterscheidung von David Easton (1979 [1965]), dessen Ansatz der „diffusen“ und „spezifischen“ Systemunterstützung offen genug für die Anwendung auf Autokratien ist.

Spezifische Systemunterstützung entsteht, wenn die kurzfristigen Erwartungen der Bevölkerung erfolgreich befriedigt werden. Diese Art der Unterstützung ist an die Performanz und den Output des politischen Systems gebunden. In Autokratien bezieht sich diese Art der Legitimation vorrangig auf sozioökonomische Errungenschaften und Ordnungsleistungen wie das Herstellen innerer Sicherheit.

Diffuse Systemunterstützung hingegen basiert auf dem, „what an object is or represents“ (Easton 1979 [1965], S. 444). Sie ist zunächst unabhängig vom kurz-

⁸ Der vierte, systemtheoretisch-funktionalistische Mechanismus kann an dieser Stelle nicht weiter entwickelt werden. Er würde einen die drei Säulen überwölbenden Mechanismus, nicht jedoch den Reproduktionsmechanismus innerhalb der Säulen darstellen.

fristigen Output und umfasst die generelle, langfristige Haltung der Herrschaftsunterworfenen gegenüber dem System. Westle (1989, S. 63) betont daher treffend die Dauerhaftigkeit und Grundsätzlichkeit als wichtigste Eigenschaften diffuser Systemunterstützung. Diffuse Legitimation kann im autokratischen Kontext über politische Ideologien, nationalistische oder religiöse Geltungsansprüche, gemeinsame historische Schlüsselerlebnisse, tradierte Werte und Normen oder auch das persönliche Charisma einer Führungsfigur erzeugt werden.

In der Legitimationssäule reproduziert sich regimekonformes Verhalten über einen pfadabhängigen Legitimationsmechanismus. Dieser beruht auf der subjektiven Einschätzung der Herrschaftsunterworfenen. Die institutionelle Reproduktion fußt entweder auf einer aktiven Anerkennung oder auf einer passiven Duldung und Inkaufnahme des Legitimationsanspruchs durch die Bevölkerung. Innerhalb der Legitimationssäule kommt es während des Stabilisierungsprozesses daher zu einer Institutionalisierung, d.h. eine iterativ reproduzierte Verstetigung der Interaktionsbeziehung zwischen Herrschern und Bevölkerung.

Repression. Nach Davenport (2007, S. 2, eigene Übersetzung) bezeichnet Repression „den von einem Regime ausgeübten oder angedrohten Gebrauch von Sanktionen gegenüber einem Individuum oder einer Organisationen“. Sie tritt in zwei Formen auf: „High intensity coercion“ bezieht sich auf „highly visible [...] acts of violence or abuse“, während sich davon „low intensity coercion“ durch „less visible [...] efforts to monitor and suppress opposition activity“ abgrenzt (Way u. Levitsky 2006, S. 392). Damit werden zwei Unterscheidungskriterien erfasst, die die Literatur auch als „hard vs. soft“ sowie als „overt/observable vs. subtle/unobserved“ kennt (Earl 2003; Escriba-Folch 2010, 2011; Ferree 2004; Way u. Levitsky 2006). Offene, meist direkt sichtbare „harte“ Repressionsmaßnahmen beinhalten den Gebrauch physischer Gewalt gegenüber prominenten oder großen Gruppen von Oppositionellen (high intensity coercion). Indirekte, subtilere, „sanfte“ Formen der Repression zielen hingegen darauf ab, durch die Einschränkung bürgerlicher Freiheiten (z. B. Recht auf Eigentum und Recht auf einen fairen Prozess) die Kosten der Opposition für Einzelpersonen oder Organisationen so zu erhöhen, dass diese sich auch ohne direkte physische Gewalt regimekonform verhalten (low intensity coercion). Mit Repression verfolgt das Regime mehrere Ziele: „(a) setting general limits within which citizens can act; (b) controlling or eliminating specific challenges (real or imagined) to existing political leaders, institutions, and/or practices; and (c) facilitating movement in a particular direction – e. g., a preferred strategy of development or ideological orientation“ (Davenport 2007, S. 3).

Repression reproduziert sich durch den Machtmechanismus (Mahoney 2000), der durch die anhaltende, asymmetrische Ressourcen- und Machtverteilung zugunsten der Eliten charakterisiert ist. Dies bedeutet, dass die politische Elite die Opposition so lange erfolgreich unterdrücken kann, wie der machtbasierte Reproduktionsmechanismus greift und die Machtasymmetrien reproduziert werden. Die beiden „Spieler“ innerhalb der Repressionssäule sind damit Akteure der politischen Elite wie der Partei- und Sicherheitsapparat, die Geheimpolizei oder (para-)militärische Einheiten auf der einen und die (potenzielle) Opposition auf der anderen Seite. Die vielfältigen konkreten Interaktionsbeziehungen, die sich

aus diesen beiden Akteursgruppen ergeben, müssen für die Institutionalisierung der Repressionssäule verstetigt werden.

Kooptation. Kooptation ist der Prozess, durch den die politische Führung ein regimestützendes Bündnis bildet und die Loyalität, Kooperation und Unterstützung der Mitglieder dieses Bündnisses sicherstellt. Dadurch erschließen sich Ressourcen, mit denen Bedrohungen gegenüber der Führung neutralisiert und zum Nutzen des Machterhalts transformiert werden können (Bertocchi u. Spagat 2004, S. 593; Bueno de Mesquita et al. 2003, S. 7f.; Gershenson u. Grossman 2001, S. 45). Idealerweise resultiert dieser Prozess in stabilen gegenseitigen Abhängigkeitsbeziehungen zwischen der politischen Führung und den Mitgliedern des regimestützenden Bündnisses. Diese Beziehungen basieren auf dem Austausch von materiellen und immateriellen Gütern, der durch Regeln und Normen für die Beteiligten berechenbar wird. Die Regimeführung stellt dabei Güter zur Verfügung, die nur einem von der Regimeführung strategisch ausgewähltem Personenkreis zugänglich sind (Bueno de Mesquita et al. 2003, Kap. 1).

Bei der Kooptation geht es ähnlich wie bei der spezifischen Legitimation darum, Loyalität gegenüber dem Regime durch materielle Anreize zu schaffen. Deshalb erscheint es nahe liegend, Kooptation als Subtyp der spezifischen Legitimation zu begreifen. Allerdings rechtfertigt der Blick auf ausgewählte Akteure, Mittel und Institutionen, also auf den besonderen partikulären Charakter solch strategisch fabrizierter Unterstützung Konzeptionalisierung der Kooptation als separate Säule. Ja, er erzwingt sie sogar. Zunächst zielt eine solche Kooptationspraxis auf sehr begrenzte Personenkreise, die über Ressourcen verfügen, die die Regimeführung als strategisch relevant für den Machterhalt erachten. Dazu zählen militärische Mittel, finanzielle Ressourcen, Kontakte ins Ausland, Kontrolle über eine größere Gruppe von Menschen oder öffentliches Ansehen. Zwar unterliegen Größe und Zusammensetzung dieser Personenkreise je nach strategischem Interesse der Regimeführung Schwankungen, dennoch dürften nur wenige Akteure überhaupt über solcherlei relevante Ressourcen verfügen. Bei Legitimation geht es hingegen um die Generierung von Regimeunterstützung in der breiten Bevölkerung.

Um die Loyalität der Eliten und somit Zugriff auf deren Ressourcen zu erlangen, bietet die Regimeführung *gezielte Vergünstigungen* an wie Subventionen oder niedrige Steuern für Unternehmer, Exportgenehmigungen, Steuervergünstigungen oder Lizenzen zur exklusiven Ausbeutung natürlicher Ressourcen. Bei der spezifischen Form der Legitimation wird Regimeunterstützung vor allem durch Politiken erlangt, die auf breite Bevölkerungsschichten abzielen. Henry Hale bringt diesen Unterschied bei der Mittelwahl auf den Punkt, wenn er den Klientelismus als Kooptationsform betont: „Clientelism is a social equilibrium in which political exchange tends to be characterized far more by *concrete punishments and rewards* meted out to *specific individuals* than by broad policies that are not targeted at individuals and that instead impact different parts of society according to relatively explicit, generalized rules“ (Hale 2011, S. 3, eigene Hervorhebung).

Die Regeln und Normen, die diese Austauschbeziehungen regulieren, sind entweder formeller oder informeller Natur. Formell werden sie in Machtteilungs- und Konfliktlösungsmechanismen institutionalisiert – etwa über eine Partei, über beratende Regierungsgremien, Wahlen oder eine autoritäre Form des Korporatis-

mus (hierzu Brownlee 2007; Gandhi u. Przeworski 2007; Gandhi 2008; Magaloni 2006). Informell entwickeln sich diese Regeln und Normen über einen längeren Zeitraum durch iterative, instrumentelle Austauschbeziehungen (z. B. Klientelismus) oder wachsen aus bereits bestehenden Beziehungen unter den Akteuren (Familie, Klan etc.) heraus (Eisenstadt u. Roniger 1984; Ilkhamov 2010; Stefes 2006, Kap. 1). Das Entstehen informeller Regeln wird insbesondere über persönliche Kontakte zwischen den Herrschenden und den Mitgliedern des regimestützenden Bündnisses begünstigt. Diese persönlichen Beziehungen gibt es bei der Legitimation nicht, weil die Distanz zwischen Herrschenden und der Bevölkerung hier ungleich größer ist.

Die Kooptationssäule wird über einen utilitaristischen Mechanismus reproduziert. Sowohl formale als auch informale Kooptationsstrategien zielen durch Anreizsysteme auf die Anbindung strategischer Eliten ab. Strategische Eliten rekrutieren sich dabei zumeist aus der Wirtschaft, dem Sicherheitsapparat oder dem Militär. Dabei soll das Kosten-Nutzen-Kalkül dieser Akteure in einer Weise verändert werden, dass sie aufgrund von Rationalitätsüberlegungen das Regime weiter stützen. Der Nutzen, der für die strategischen Eliten aus der Verteilung von politischen Ämtern oder wirtschaftlichen Privilegien entspringt, übersteigt mögliche Kosten. Es entsteht ein rationales Motiv, innerhalb der autokratischen Ordnung zu agieren. Die Interaktion zwischen politischen und strategischen Eliten wird so institutionalisiert. Im Zuge dessen stellen Parteien, Wahlen, Parlamente und klientelistische oder patrimoniale Netzwerke die konkreten Arenen für die Verstetigung der Kooptation dar.

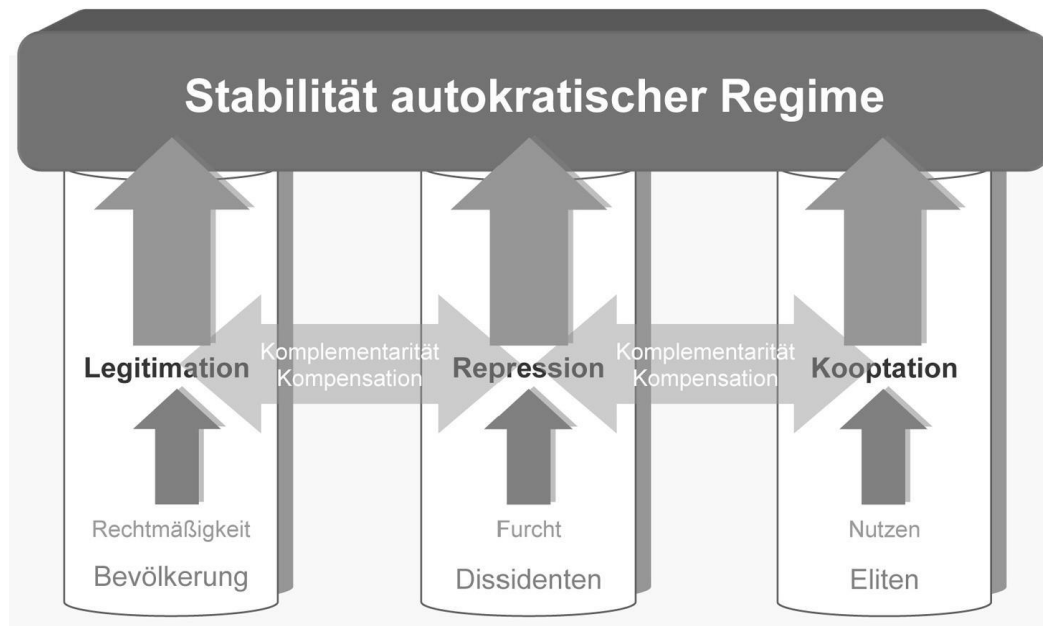
Komplementarität der drei Säulen. Wir behaupten eine komplementäre Beziehung der drei Säulen. Institutionen verhalten sich dann komplementär zueinander, wenn sie sich in ihrem Nutzen ergänzen. Ökonomisch gesprochen sind Komplementärgüter solche Güter, deren Nachfrage sich auch auf die Nachfrage anderer Güter positiv auswirkt. Bei Produktion und Verbrauch werden sie deshalb sinnvoller Weise zusammen eingesetzt. Übertragen auf den Kontext der drei Stabilitätssäulen autokratischer Regime bedeutet dies, dass bestimmte Konfigurationen von Merkmalen sich ergänzen und damit gegenseitig stabilisieren. In gleichem Maße ist anzunehmen, dass Veränderungen in einer Säule sich negativ auf andere Säulen auswirken können, wenn sie deren Komplementarität mindern.

Für eine empirische Bestätigung der Komplementaritätsthese müsste man Cluster vorfinden, bei denen bestimmte Merkmalsausprägungen häufig im Zusammenspiel mit anderen auftreten. Säulenübergreifende institutionelle Praktiken dürften keiner zufälligen Verteilung folgen, sondern müssten systematische Muster erkennen lassen.⁹ Mittels der *Qualitative Comparative Analysis* (QCA) zeigt Gerschewski (2010) für die ostasiatische Region, dass es diese Muster gibt, und identifiziert dabei zwei Stabilisierungspfade. Den ersten Pfad bezeichnet er in Anlehnung an Juan Linz als „Überpolitisierung“, der von der Kombination aus star-

⁹ Es gilt empirisch zu prüfen, ob bestimmte Typen autokratischer Regime (absolutistische Monarchien, Einparteiensysteme, Militärdiktaturen) mit bestimmten Clustern korrelieren. Eine solche Überprüfung würde neue Erkenntnisse über die Strukturen und Machterhaltungsstrategien verschiedener Autokratien liefern.

ker diffuser Legitimation, harter Repression und Rückgriff auf formale Kooptationsmechanismen bestimmt ist. Der zweite Pfad, „Depolitisierung“, zielt auf eine Deaktivierung der Bevölkerung. Er ist gekennzeichnet von starker Performanzorientierung, der Verwendung weicherer Repressionsformen und informellen Kooptationsmechanismen. Es bleibt abzuwarten, ob sich dieses regionale Muster mittels eines weltweiten Vergleichs autoritärer Regime erhärten lässt. Auch gilt es zu prüfen, ob Überpolitisierung oder ob Depolitisierung die größeren Stabilitätsrenditen abwirft.

Abbildung 1: **Stabilisierung autokratischer Regime**



Quelle: Eigene Abbildung.

5. Critical Junctures und die drei Säulen der Stabilität: Wie Autokratien Gefolgschaft verlieren

Die drei Säulen garantieren das Überleben oder die Stabilität von Autokratien, wenn sie institutionell verankert sind und sich untereinander stärken bzw. ergänzen. Jedoch bringt nicht jede Schwächung der drei Säulen das Regime automatisch in eine existenzbedrohende Situation. Die *Destabilisierung* autokratischer Regime vollzieht sich in zwei Stufen. Die erste Stufe besteht in der nachhaltigen Schwächung *einzelner* Säulen; die zweite Stufe ist durch den Verlust der Kompensationsfähigkeit der drei Säulen untereinander gekennzeichnet. Für den Zusammenbruch von Autokratien ist das Erreichen der zweiten Stufe notwendig – nicht jedoch hinreichend. Jede Autokratie, die aufgrund innerer Instabilität zusammenbricht, hat die beiden Stufen der Eskalation durchlaufen. Jedoch bricht nicht jede Autokratie, die die zweite Stufe erreicht hat, zusammen. Ist die zweite Stufe er-

reicht, liegt eine *Critical Juncture* vor. Das autokratische Regime steht am Scheideweg, die Wahrscheinlichkeit des Kollapses ist erhöht. Allerdings ist der Kollaps nicht unumgänglich und eine Wiederherstellung des Regimegleichgewichts noch möglich. Die Zukunft des Regimes ist in dieser Situation in erhöhtem Maße kontingent. Sie hängt von den relevanten Akteuren ab, deren Handeln während einer *Critical Juncture* weitreichende Konsequenzen hat, da es weniger strukturellen Zwängen unterworfen ist.

Schwächungen innerhalb der Säulen. Die drei Säulen sind in ihrer regimestützenden Wirkung geschwächt, wenn die in ihnen institutionalisierten Anreize das Handeln der herrschaftsunterworfenen Akteure nicht mehr hinreichend prägen. Sind diese Anreize einmal institutionalisiert, entfalten Legitimation, Kooptation und Repression eine selbsterhaltende Eigendynamik. Die Bindung der Akteure durch die drei Säulen lockert sich in dem Moment, in dem diese Reproduktionsmechanismen gestört werden und sie eine zuverlässige und beständige Erneuerung der Säulen nicht mehr gewährleisten können.¹⁰

Repression kann infolge einer sich massenhaft mobilisierenden Gegenmacht und der damit einhergehenden Schwächung der autokratischen Herrschaftseliten ihre Wirksamkeit verlieren. Auslöser hierfür sind Spaltungen unter den Herrschaftseliten – nicht selten im Repressionsapparat –, die bis zur Defektion (para-)militärischer Einheiten führen können. Dies verändert die asymmetrische Machtverteilung zwischen autokratischen Eliten und der Opposition in einer Weise, die die Reproduktionsbemühungen der Regimeführung dauerhaft konterkarieren könnte.

Kooptation wird, wie oben gezeigt, durch das rationale Kosten-Nutzen-Kalkül der Akteure reproduziert. Strategisch relevante Eliten unterstützen das politische Regime, solange sie davon profitieren. Die Kooptationssäule kann demzufolge dann rissig werden, wenn es Veränderungen auf der Kosten- respektive der Nutzenseite gibt. Nutzeninduzierte Veränderungen zu Ungunsten des autokratischen Regimes können durch den Verlust von politischen und ökonomischen Renten entstehen, infolgedessen den strategischen Eliten Privilegien nicht mehr in hinreichender Höhe gewährt werden können. Steigerungen der Kostenseite für die strategischen Eliten sind mit Einbußen verbunden, wie sie beispielsweise aus dem Verlust westlicher Handelspartner resultieren können. Risse in der Kooptationssäule können auch entstehen, wenn ein Teil der Herrschaftseliten Handlungsalternativen zur Verfolgung ihrer Interessen außerhalb der Regimeinstitutionen wahrnimmt und verfolgt.

¹⁰ Nicht jeder Wandel der Institutionen in den drei Säulen muss zwangsläufig einen Wirkungsverlust nach sich ziehen. Wenn man an Anpassungen an sich ständig verändernden Umweltbedingungen denkt, könnte sogar das Gegenteil der Fall sein. Die Akteurskonstellationen, die den Säulen zugrunde liegen, ihre Ressourcen, Strategien und Koalitionen können sich durchaus wandeln, ohne dass die Funktion der Säule beeinträchtigt wird. Verschiedene solcher Konstellationen können demnach als „funktionale Äquivalente“ identische Aufgaben erfüllen. In der jüngeren neoinstitutionalistischen Literatur werden verschiedene Modi und Prozesse (inkrementellen) institutionellen Wandels modelliert (vgl. Beyer 2006, 2010; Greif u. Laitin 2004; Immergut 2006; Mahoney u. Thelen 2010b; Streeck u. Thelen 2005; Thelen 1999, 2004). Ob und inwiefern die neuen Modelle institutionellen Wandels für die Wandelbarkeit, Schwächung und gegebenenfalls Anpassung der drei Säulen autokratischer Stabilität fruchtbar gemacht werden können, ist zu diesem Zeitpunkt eine offene theoretische Frage.

Tabelle 1: Stabilisierung und Destabilisierung der drei Säulen

	Legitimation	Repression	Kooptation
Akteure	Regimeelite und Bevölkerung	Sicherheitsapparat und Dissidenten	Regimeelite und ressourcenreiche gesellschaftliche Eliten
Unterstützungsmotiv	Rechtmäßigkeitsglaube	Angst	Kosten-Nutzen-Kalkül
Reproduktionsmechanismus	Legitimation	Macht	Utilitarismus
Destabilisierungspotential	Erosion durch Werte- und Normenwandel, Schwund der normativen Basis, Performanzeinbruch	Mobilisierung von Protest, Gegenmacht, Anstieg der Repressionskosten, Schwächung der Elite	Veränderung des Kosten-Nutzen-Kalküls durch Lerneffekte, Änderung der Wettbewerbssituation, Erhöhung von Transaktionskosten
Auslöser	Offene Nachfolgefrage, Ideologiekrise, Wirtschaftskrise, Preisverfall, Staatlichkeitsdefizite	Abspaltungen im Sicherheitsapparat, internationale Delegitimierung von Repression, externe Unterstützung der Opposition	Verlust von ökonomischen und politischen Renten, Erosion der Loyalitätsbeziehungen, Brüche in klientelistischen und Klanstrukturen

Quelle: Eigene Darstellung.

Verlust der säulenübergreifenden Kompensationsleistung und die Stunde der Akteure. Verlieren einzelne Säulen ihre Bindungskraft, kann die notwendige Unterstützung für das Regime unter Umständen zunächst durch Mehrleistungen aus den anderen Säulen kompensiert werden. Gelingt dies nicht, ist die nächste Stufe der Eskalation erreicht. Ob die Schwächung einer Säule ausgeglichen werden kann, hängt davon ab, wie groß und wie dauerhaft die Risse sind. Wichtiger ist jedoch, welche Akteure sich dem Einfluss des Mechanismus der jeweiligen Säule entziehen, um sich vom Regime ab- und der Opposition zuzuwenden.

Die drei Säulen adressieren, binden oder mobilisieren jeweils unterschiedliche Akteursgruppen. Legitimation zielt auf die breite Masse der Bevölkerung; Kooptation ist auf die Eliten aus Wirtschaft, Gesellschaft und Staat ausgelegt; Repression trifft (potenzielle) Regimegegner. Die Schwächung einer Säule hat zur Folge, dass sich ein bestimmter Kreis von Akteuren abwendet. Die verbleibenden Säulen kompensieren eine derartige Schwächung so lange und in dem Maße, wie auf die Unterstützung der abtrünnigen Akteure verzichtet werden kann. Langfristig ist jedoch ein Übergreifen von Defiziten auf die beiden anderen Säulen wahrscheinlich. Verschiedene kaskadierende Varianten sind dabei denkbar, ausgehend von Ursprungskrisen in je unterschiedlichen Säulen.

Ursprünglich erschienen in:

Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 47 (2013), S. 120

Eine Legitimationskrise findet ihren Ausdruck häufig in Demonstrationen und (Massen-)Protesten der Bevölkerung. Auf deren Unterstützung oder passive Hinnahme kann nur vorübergehend verzichtet werden, wenn eine solide Elitenkohäsion gewährleistet ist (Kooptation) und Aufstände effizient niedergeschlagen werden bzw. die Androhung von Niederschlagung glaubhaft ist (Repression). Die Möglichkeit zur Kompensation besteht allerdings nur zeitlich begrenzt. Bei dauerhaften Legitimationsdefiziten mit entsprechenden Protesten werden zumindest Teile der regimetreuen Eliten früher oder später ihre Pfründe in Gefahr sehen: Ihr Kosten-Nutzen-Kalkül ändert sich zu Ungunsten des Regimes, die Kooptation greift nicht mehr. Nimmt die Bevölkerung diese Uneinigkeit innerhalb der Elite wahr, kann die Androhung von Sanktionsmaßnahmen zunehmend ihre Glaubwürdigkeit verlieren. Hält die Legitimationskrise an, nimmt das Kooptations- und Repressionsvermögen des Regimes ab, und es wird damit selbst infrage gestellt.

Im klassischen Szenario der akteurszentrierten Transitionsforschung steht am Anfang jeder Demokratisierung eine Legitimations-, aber vor allem eine Kooptationskrise. Für O'Donnell und Schmitter (1986) waren Verwerfungen innerhalb der Herrschaftselite der Anfang vom Ende autokratischer Regime. Wenngleich bei Weitem nicht jede Schwächung der Kooptationssäule in eine Demokratisierung mündet, kann sie doch leicht auf Legitimation und Repression übergreifen. Ein Repressionsdefizit entsteht zum Beispiel immer dann, wenn es sich bei den aus der Kooptation aussteigenden Akteuren um Teile des Sicherheitsapparats selbst handelt. Aber auch die oben angedeutete Perzeption der Uneinigkeit der Regimeelite hat negative Auswirkungen auf die Glaubwürdigkeit der Sanktionierung von opponierendem Verhalten. Die Legitimationsreste werden insbesondere dann weiter aufgezehrt, wenn die nicht mehr zu kooptierenden Teile der Eliten alternative Legitimationsansprüche vertreten, die von der Bevölkerung aufgegriffen werden.

Verliert das Regime zuerst die Kapazität zur Repression, können die kooptierten Eliten dies leicht als Signal der Schwäche deuten und es vorziehen, das sinkende Schiff zu verlassen. Eine Schwächung der Repressionssäule kann also auch eine Kooptationskrise auslösen oder sie verstärken. Legitimationskrisen können etwa aus einer unzulänglichen Informationskontrolle und dem Verlust des Informationsmonopols resultieren. Häufen sich Berichte, welche die Rechtmäßigkeit des Regimes infrage stellen, und eine erlangt solche Berichterstattung eine gewisse Sichtbarkeit, können die Legitimationsanstrengungen des Regimes ins Leere laufen. Auch kann etwa die zögerliche Unterbindung von Demonstrationen dazu führen, dass der Unmut sich auf stetig wachsende Bevölkerungsteile ausweitet. Wird der Eindruck erweckt, mit einer gewaltsamen Niederschlagung sei nicht zu rechnen, verringert sich das individuelle Risiko und der Protest kann aus dem Ruder laufen.

Es sollte jedoch festgehalten werden, dass der Verlust der Kompensationsleistung keinen Automatismus in Richtung eines Regimezusammenbruchs impliziert. Auch das Übergreifen einer Krise auf andere Säulen muss nicht zwangsläufig zum Ende des Regimes führen. Das Regime sieht sich jedoch einer existenziellen Bedrohung gegenüber. Das korrespondierende Theorem zu diesen Überlegungen ist das der *Critical Juncture*. Der Historische Institutionalismus versteht sie gemeinhin als Moment der Weichenstellung, in denen ein institutioneller Pfad zugunsten

eines anderen aufgegeben wird. Nach der Entscheidung für ein institutionelles Arrangement sorgen Mechanismen der Pfadabhängigkeit dafür, dass es zunehmend schwieriger wird, den einmal eingeschlagenen Weg zu verlassen und auf eine Alternative umzusteigen, die zum Zeitpunkt der Weichenstellung möglicherweise gleichermaßen gangbar gewesen wäre. In diesem Sinne dient eine *Critical Juncture* in der Regel als unabhängige Variable, die ein politisches Resultat am Ende einer Phase der Pfadabhängigkeit erklären soll.¹¹

Eine Konsequenz dieses „dualen Modells institutioneller Entwicklung“ (Capoccia u. Kelemen 2007, S. 341, eigene Übersetzung) von *Critical Juncture* und Pfadabhängigkeit besteht darin, dass erstere überwiegend nicht als erklärungsbedürftig wahrgenommen wurden. Üblicherweise traten *Critical Junctures* in politischen Regimen in Form von externen Schocks auf – Kriegen, Naturkatastrophen, ökonomischen und sozialen Umwälzungen –, die aus dem institutionellen Gefüge heraus schlichtweg nicht erklärbar waren. Institutionen, fassen Thelen und Steinmo (1992) die Kritik pointiert zusammen, „erklären so lange alles, bis sie nichts mehr erklären“ (Thelen et al. 1992, S. 15, eigene Übersetzung).

Erst in jüngster Zeit erfahren das Wesen, die Entstehung und der Verlauf von *Critical Junctures* mehr Aufmerksamkeit. Giovanni Capoccia und Daniel Kelemen (2007, S. 343) beschreiben *Critical Junctures* in substanzieller Weise als Momente verringerter struktureller Zwänge – ökonomischer, kultureller, ideologischer, organisatorischer Art –, in denen Akteuren eine breitere Palette von Handlungsoptionen zur Verfügung steht und in denen die Konsequenzen ihrer Handlungen weitreichender und für zukünftige institutionelle Arrangements prägender werden.

Verlieren einzelne Säulen an Bindungskraft und können diese Schwächungen nicht durch die verbleibenden Säulen kompensiert werden, tritt das autokratische Regime in eine *Critical Juncture* ein. Die strukturellen Zwänge der drei Säulen, welche die Gefolgschaft der Akteure anreizen oder erzwingen sollen, sind in einer Weise geschwächt, die den Akteuren ungekannten Handlungsspielraum gewährt. Gleichzeitig werden die Folgen von Entscheidungen ungleich bedeutender für zukünftige institutionelle Arrangements. Die Aufweichung des strukturellen Rahmens ermöglicht erstmals, radikal mit dem Bestehenden zu brechen und neue Institutionen zu installieren. Stehen die Akteure nicht länger im Schatten der drei Säulen, erscheint eine Abkehr vom Regime erstmals gangbar. Der Fortbestand des autokratischen Regimes selbst steht zur Disposition.

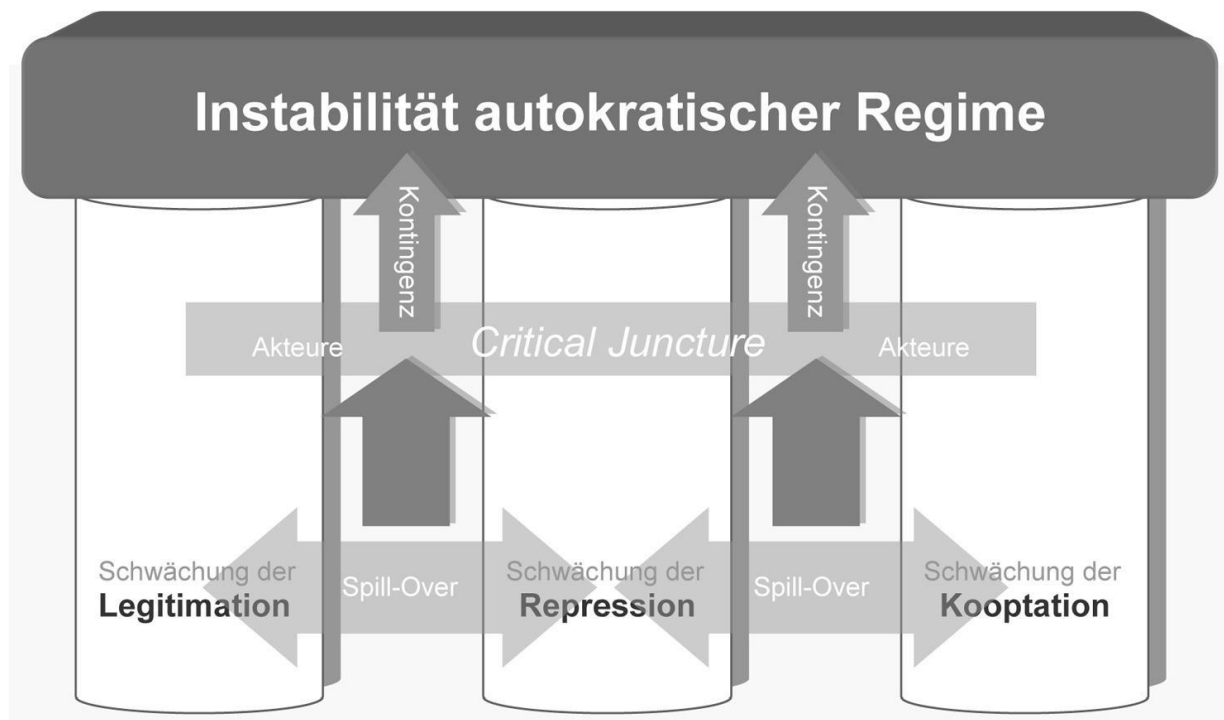
Abgeschwächte strukturelle Zwänge, ein größerer Handlungsspielraum und eine gesteigerte Folgeschwere von Entscheidungen sind dabei notwendige Bedingungen für einen Wechsel des institutionellen Pfades. Hinreichend sind sie indes nicht. *Critical Junctures* sind in dreierlei Hinsicht kontingent: Erstens ist keineswegs gesichert, dass die strukturellen Bedingungen der Möglichkeit des Wandels, wie sie in *Critical Junctures* vorliegen, tatsächlich in einen Pfadwechsel resultieren. Die bereitliegende Palette an Entscheidungsmöglichkeiten enthält immer auch die Entscheidung für die Rückkehr zum *Status quo*. Entsprechend gehört faktischer Wandel nicht zu den konstitutiven Merkmalen einer *Critical Juncture*

¹¹ Herausragende Studien, die dieses Erklärmuster auf Fragen des Regimewandels anwenden, sind Collier u. Collier (1991); Rueschemeyer et al. (1992); Mahoney (2001).

(Capoccia u. Kelemen 2007, S. 352). Es ist denkbar, dass die Chance, die sich aufgrund der geschwächten Verhaltensprägung durch Institutionen eröffnet, ungenutzt verstreicht. Bieten sich keine plausiblen Alternativen, sind die Akteure nicht willens oder fähig, bestehende Strukturen zu verändern, oder ist es ihnen schlichtweg nicht bewusst, dass sie die Möglichkeit haben, dann ist Wandel eher nicht zu erwarten.

Zweitens ist zu Beginn der *Critical Juncture* weitgehend kontingent, in welche Richtung sich Wandel vollzieht, sollte es zu ihm kommen. Der Ausgang von *Critical Junctures* wird in einer Konstellation von strukturell entfesselten Akteuren mit unterschiedlichen Kapazitäten und Interessen ausgehandelt. Ressourcenzugriff, Mobilisierungsfähigkeit, Strategien, Koalitionen und Entscheidungen dieser Akteure determinieren dann das Schicksal autokratischer Regime. Akteure, die sich nun durchsetzen können, bestimmen maßgeblich die Regeln des neuen Spiels. Drittens führen die Unwägbarkeiten einer derart strukturell unbelasteten Entscheidungssituation leicht zu unintendierten Ergebnissen, bei denen sich keiner der beteiligten Akteure absichtsvoll durchsetzen kann.¹²

Abbildung 2: Destabilisierung autokratischer Regime



Quelle: Eigene Darstellung.

¹² Diese Betonung von Kontingenz soll nicht den Eindruck erwecken, dass Akteure nun im strukturleeren Raum agieren. Natürlich bilden Strukturen immer noch einen Handlungsrahmen, innerhalb dessen bestimmte Optionen möglich sind und andere nicht. Nur ist dieser Handlungsrahmen während *Critical Junctures* viel weiter, der Umfang an greifbaren Optionen wesentlich erhöht.

6. Schlussbetrachtungen

Die Autokratieforschung hat in den letzten zehn Jahren theoretisch und methodisch neue Wege beschritten. Gegenüber älteren Studien ist vor allem das Forschungsinteresse an den Stabilitätsbedingungen autokratischer Herrschaft hervorzuheben. Um diese zu ermitteln, kommen in der neueren Autokratieforschung vielfach spieltheoretische und institutionelle Ansätze zum Einsatz, die die Interaktionen zwischen verschiedenen Elitengruppen modellieren. Die funktionalistischen Ansätze der politischen Systemforschung finden hingegen kaum noch Beachtung. Zugleich stellt die neuere (spieltheoretische) Autokratieforschung die Kooptation von Eliten als zentralen Mechanismus des Machterhalts in den Mittelpunkt der Forschung. Legitimation und Repression werden nicht systematisch zur Erklärung von Stabilität herangezogen. Letztere nahm insbesondere in der älteren Autokratieforschung von Hannah Arendt über Carl J. Friedrich bis Juan Linz eine zentrale Stellung ein.

Bei der Analyse der Stabilitätsbedingungen autokratischer Regime besteht der Mehrwert des vorliegenden theoretischen Modells vor allem darin, eine Brücke zwischen der älteren und der neueren Autokratieforschung zu schlagen. Obwohl Kooptation unbestreitbar eine regimestützende Rolle spielt, teilt sie diese Funktion mit jenen der Legitimation und der Repression. Damit thematisiert unser Projekt nicht nur das Verhältnis zwischen Regimeführung und Eliten auf der einen, sondern auch zwischen Regimeführung und der Masse der Bevölkerung auf der anderen Seite. Darüber hinaus stellt das theoretische Modell Legitimation, Repression und Kooptation nicht beziehungslos nebeneinander, sondern betont die Komplementarität und Wechselseitigkeit dieser drei Funktionen. Sie stärken sich gegenseitig, wobei die Schwäche eines durch die Stärkung eines anderen Bereichs kompensiert werden kann. Länger anhaltende Funktionsdefizite greifen allerdings in der Regel auf die anderen Säulen über.

Des Weiteren betont der dargelegte Ansatz, dass Legitimation, Repression und Kooptation institutionalisiert werden müssen, um autokratische Regime dauerhaft zu stützen. Dabei spielt der (Neo-)Institutionalismus im dargestellten Modell eine wichtigere Rolle, als er in der neueren, spieltheoretisch verengten Autokratieforschung bisher einnimmt. An deren Stelle plädiert dieser Beitrag für einen differenzierungsfähigen Institutionenbegriff, der formelle wie informelle Institutionen umfasst, diese aber konzeptionell zu trennen vermag. Unter Berücksichtigung der komplexen Prozesse von Institutionalisierung, Reproduktion und Wandel, richtet sich das besondere Forschungsinteresse auf die dynamischen Interdependenzen von Akteuren und Institutionen auf der einen sowie Institutionen und Strukturen auf der anderen Seite.

In den spieltheoretischen Varianten des Institutionalismus, die insbesondere von der neueren Autokratieforschung aufgegriffen werden, dienen Institutionen hauptsächlich dem Zweck, Anreizstrukturen für vorhersehbare und damit dauerhaftere Kooperationen zwischen Akteuren bereitzustellen. Dafür werden sie von den Akteuren geschaffen und (falls nötig) verändert oder verworfen. Diese spieltheoretische Annahme über die strategische Verfügbarkeit von Institutionen ist zu bezweifeln. Institutionen lassen sich nicht nach einer simplen Auszahlungsmatrix

schaffen, verändern oder abschaffen. Ein solcher, rationaler handlungstheoretischer Voluntarismus ist ahistorisch, strukturvergessen und verkennt die Eigenständigkeit von Institutionen. Der Historische Institutionalismus, auf dessen Einsichten das vorgetragene Modell basiert, betont dagegen die bedingte Persistenz und Eigenlogik von Institutionen. Dies setzt die Möglichkeit inkrementeller institutioneller Anpassungsprozesse immer voraus. Zwar nimmt auch der Historische Institutionalismus an, dass Institutionen intentional geschaffen werden. Einmal in der Welt können sie aber eine Eigendynamik über pfadabhängige Prozesse entwickeln, wodurch Institutionen selbst dann überdauern können, wenn sie bestimmte Erwartungen nicht mehr erfüllen. Die Frage nach den Auflösungsprozessen von Institutionen, die letztendlich zu einem Regimezusammenbruch führen können, beantwortet deshalb nicht einfach der Hinweis auf Akteursinteressen. Stattdessen rückt sie in den Mittelpunkt unseres Forschungsprojekts, in dem versucht wird, das Entstehen von *Critical Junctures* zu erklären. Mit dem Versuch, *Critical Junctures* in Autokratien aus dem Säulengefüge von Legitimation, Repression und Kooptation zu erklären, wird der Historische Institutionalismus durch die Autoren gewissermaßen auf den Kopf gestellt. *Critical Junctures* werden vom *explanans* zum *explanandum*.

Dergestalt erfolgt über die theoretische Verknüpfung der Makro- und Mikroebene durch Akteure und Institutionen hinaus auch ein methodischer Brückenschlag zwischen neuer und alter Autokratieforschung. Denn die Beantwortung dieser Forschungsfragen erfordert den Einsatz sowohl qualitativer als auch quantitativer Methoden. *Critical Junctures* können z. B. durch *process-tracing* nachvollzogen werden, während die den Stabilitätssäulen unterliegende Komplementaritätsthese eher durch quantitative Methoden geprüft werden sollte. Letztlich verspricht der Anschluss von Makro- und Mikroperspektive, von Institutionen und Akteuren innerhalb eines *nested research designs* den größten Gewinn in der Forschung zur Stabilität autokratischer Regime.

Literatur

- Albrecht, Holger. 2005. How Can Opposition Support Authoritarianism? Lessons from Egypt. *Democratization* 12:378-397.
- Alvarez, Michael, Jose A. Cheibub, Fernando Limongi, und Adam Przeworski. 1996. Classifying Political Regimes. *Studies in Comparative International Development* 31:3-36.
- Arendt, Hannah. 1951. *The Origins of Totalitarianism*. New York: LinkHarcourt, Brace.
- Bank, André. 2009. Die Renaissance des Autoritarismus. Erkenntnisse und Grenzen neuerer Beiträge der Comparative Politics und Nahostforschung. *Hamburg Review of Social Science* 4:10-41.
- Beetham, David. 1991. *The Legitimation of Power*. Houndmills: Macmillan.
- Bertocchi, Graziella, und Michael Spagat. 2004. The Evolution of Modern Educational Systems: Technical vs. General Education, Distributional Conflict, and Growth. *Journal of Development Economics* 73:559-582.
- Beyer, Jürgen. 2010. The Same or Not the Same - On the Variety of Mechanisms of Path Dependence. *International Journal of Social Sciences* 5:1-11.

- Beyer, Jürgen. 2006. *Pfadabhängigkeit. Über institutionelle Kontinuität, anfällige Stabilität und fundamentalen Wandel*. Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag.
- Boix, Carles, und Milan Svolik. 2008. *The Foundations of Limited Autocratic Government: Institutions and Power-Sharing in Dictatorships*. Berkeley, <http://www.princeton.edu/~piirs/Dictatorships042508/Boix%20and%20Svolik.pdf>. Zugegriffen: 15.2.2012.
- Bratton, Michael, und Nicolas van de Walle. 1994. Neopatrimonial Regimes and Political Transitions in Africa. *World Politics* 46:453-489.
- Brownlee, Jason. 2008. Bound to Rule: Party Institutions and Regime Trajectories in Malaysia and the Philippines. *Journal of East Asian Studies* 8:89-118.
- Brownlee, Jason. 2007. *Authoritarianism in an Age of Democratization*. New York: Cambridge University Press.
- Bueno de Mesquita, Bruce, Alastair Smith, Randolph M. Siverson, und James D. Morrow. 2003. *The Logic of Political Survival*. Cambridge: The MIT Press.
- Bunce, Valerie. 1995. Should Transitologists Be Grounded? *Slavic Review* 54:111-127.
- Burnell, Peter. 2006. Autocratic Opening to Democracy: Why Legitimacy Matters. *Third World Quarterly* 27:545-562.
- Capoccia, Giovanni, und R. Daniel Kelemen. 2007. The Study of Critical Junctures. Theory, Narrative, and Counterfactuals in Historical Institutionalism. *World Politics* 59:341-369.
- Chehabi, Houchang E., und Juan J. Linz (Hrsg.). 1998. *Sultanistic Regimes*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press.
- Cheibub, Jose A., Jennifer Gandhi, und James Vreeland. 2010. Democracy and Dictatorship Revisited. *Public Choice* 143:67-101.
- Collier, Ruth B., und David Collier. 1991. *Shaping the Political Arena: Critical Junctures, the Labor Movement, and Regime Dynamics in Latin America*. Princeton: Princeton University Press.
- Collins, Kathleen. 2009. Economic and Security Regionalism among Patrimonial Autocratic Regimes: The Case of Central Asia. *Europe-Asia Studies* 61:249-281.
- Darden, Keith. 2008. The Integrity of Corrupt States: Graft as an Informal State Institution. *Politics & Society* 36:35-60.
- Davenport, Christian. 2007. State Repression and Political Order. *Annual Review of Political Science* 10:1-23.
- Diamond, Larry J. 2008. The Democratic Rollback. The Resurgence of the Predatory State. *Foreign Affairs* 87:36-48.
- Diamond, Larry J. 2002. Elections without Democracy. Thinking about Hybrid Regimes. *Journal of Democracy* 13:21-35.
- Earl, Jennifer. 2003. Tanks, Tear Gas, and Taxes: Toward a Theory of Movement Repression. *Sociological Theory* 21:44-68.
- Easton, David. 1979 [1965]. *A Systems Analysis of Political Life*. Chicago/London: The University of Chicago Press.
- Eisenstadt, Shmuel N., und Luis Roniger. 1984. *Patrons, Clients, and Friends: Interpersonal Relations and the Structure of Trust in Society*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Erdmann, Gero, und Ulf Engel. 2007. Neopatrimonialism Reconsidered: Critical Review and Elaboration of an Elusive Concept. *Journal of Commonwealth and Comparative Studies* 45:95-119.

- Escriba-Folch, Abel. 2011. Group Strength, Accountability and Growth under Dictatorship. *International Political Science Review* 32:5-22.
- Escriba-Folch, Abel. 2010. *Authoritarian Responses to Foreign Pressure: Spending, Repression, and Sanctions*. Münster, http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1475214. Zugriffen: 15.2.2012.
- Esser, Hartmut. 2004. *Soziologische Anstöße*. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Esser, Hartmut. 2000a. *Soziologie. Spezielle Grundlagen*. Bd. 5: Institutionen. Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag.
- Esser, Hartmut. 2000b. *Soziologie. Spezielle Grundlagen*. Bd. 3: Soziales Handeln. Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag.
- Esser, Hartmut. 1993. *Soziologie. Allgemeine Grundlagen*. Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag.
- Ferree, Myra M. 2004. Soft Repression: Ridicule, Stigma, and Silencing in Gender-Based Movements. In, *Authority in Contention*, Hrsg. Daniel J. Myers und Daniel M. Cress, 85-101. Bingley: Emerald Group Publishing Limited.
- Fishman, Robert. 1990. Rethinking State and Regime: Southern Europe's Transition. Review Article. *World Politics* 42:422-440.
- Friedrich, Carl J., und Zbigniew Brzezinski 1957. *Totalitäre Diktatur*. Stuttgart: W. Kohlhammer Verlag.
- Gandhi, Jennifer. 2008. *Political Institutions under Dictatorship*. Cambridge/New York: Cambridge University Press.
- Gandhi, Jennifer, und Adam Przeworski. 2006. Cooperation, Cooptation, and Rebellion under Dictatorships. *Economics and Politics* 18:1-26.
- Gandhi, Jennifer, und Adam Przeworski. 2007. Authoritarian Institutions and the Survival of Autocrats. *Comparative Political Studies* 40:1279-1301.
- Garzón Valdés, Ernesto. 1992 (1987). *El Concepto de Estabilidad de los Sistemas Políticos*. México: Fontamara.
- Gat, Azar. 2007. The Return of Authoritarian Great Powers. *Foreign Affairs* 86:59-69.
- Geddes, Barbara. 1999. What Do We Know About Democratization After Twenty Years? *Annual Review of Political Science* 2:115-144.
- Gerschewski, Johannes. 2010. *Three Pillars of Stability: Towards an Explanation of the Durability of Autocratic Regimes in East Asia*. Beitrag präsentiert auf dem 106. Jahrestreffen der American Political Science Association, Washington, D.C., http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1657500. Zugriffen: 15.2.2012.
- Gershenson, Dmitry, und Herschel I. Grossman. 2001. Cooption and Repression in the Soviet Union. *Economics and Politics* 13:31-47.
- Ginsburg, Tom, und Tamir Moustafa (Hrsg.). 2008. *Rule by Law: The Politics of Courts in Authoritarian Regimes*. Cambridge/New York: Cambridge University Press.
- Greene, Kenneth F. 2007. *Why Dominant Parties Lose*. Cambridge/New York: Cambridge University Press.
- Greif, Avner, und David Laitin. 2004. A Theory of Endogenous Institutional Change. *American Political Science Review* 98:633-652.
- Hadenius, Axel, und Jan Teorell. 2007. Pathways from Authoritarianism. *Journal of Democracy* 18:143-157.

- Hadenius, Axel, und Jan Teorell. 2006. *Authoritarian Regimes: Stability, Change, and Pathways to Democracy, 1972-2003*. Notre Dame, Kellogg Institute, <http://kellogg.nd.edu/publications/workingpapers/WPS/331.pdf>. Zugriffen: 15.2.2012.
- Haldenwang, Christian von. 1999. Legitimität als analytische Kategorie. *Politische Vierteljahresschrift* 12:360-401.
- Hale, Henry E. 2011. Formal Constitutions in Informal Politics: Institutions and Democratization in Post-Soviet Eurasia. *World Politics* 63:581-617.
- Hall, Peter A., und Rosemary C. R. Taylor. 1996. Political Science and the Three Institutionalisms. *Political Studies* 44:936-957.
- Helmke, Gretchen, und Stephen Levitsky. 2004. Informal Institutions and Comparative Politics: A Research Agenda. *Perspectives on Politics* 2:725-740.
- Ilkhamov, Alisher. 2010. Stalled at the Doorstep of Modern Statehood: The Neopatrimonial Regime in Uzbekistan. In *Stable Outside, Fragile Inside? Post-Soviet Statehood in Central Asia*, Hrsg. Emilian Kavalski, 208-209. Ashgate: Aldershot.
- Immergut, Ellen M. 2006. Paradigms of Change in Political Science: Historical-Institutionalism and the Problem of Change. In *Understanding Change. Methods, Methodologies and Metaphors*, Hrsg. Andreas Wimmer und Reinhart Kössler, 283-310. New York/ Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Immergut, Ellen M. 1998. The Theoretical Core of the New Institutionalism. *Politics & Society* 26:5-34.
- Kailitz, Steffen. 2009a. Stand und Perspektiven der Autokratieforschung. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 19:437-488.
- Kailitz, Steffen. 2009b. Varianten der Autokratie im 20. und 21. Jahrhundert. *Totalitarismus und Demokratie* 6:209-251.
- Köllner, Patrick. 2008. Autoritäre Regime – Ein Überblick über die jüngere Literatur. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 2:351-368.
- Lambach, Daniel, und Christian Göbel. 2010. Die Responsivität autoritärer Regime. In *Autoritarismus Reloaded. Neuere Ansätze und Erkenntnisse der Autokratieforschung*, Hrsg. Holger Albrecht, 79-91. Baden-Baden: Nomos.
- Lauth, Hans-Joachim. 2000. Informal Institutions and Democracy. *Democratization* 7:21- 50.
- Lawson, Stephanie. 1993. Conceptual Issues in the Comparative Study of Regime Change and Democratization. *Comparative Politics* 25:183-205.
- Levi, Margaret, Audrey Sacks, und Tom R. Tyler. 2009. Conceptualizing Legitimacy. Measuring Legitimizing Beliefs. *American Behavioral Scientist* 53:354-375.
- Levitsky, Steven, und Lucan A. Way. 2006. Linkage versus Leverage - Rethinking the International Dimension of Regime Change. *Comparative Politics* 38:379-400.
- Lindberg, Staffan I. 2006. The Surprising Significance of African Elections. *Journal of Democracy* 17:139-151.
- Linz, Juan J., 1975. Totalitarian and Authoritarian Regimes. In Fred I. Greenstein und Belson W. Polsby *Handbook on Political Science*, 175-411. Reading: Addison Wesley.
- Linz, Juan J., und Alfred Stepan. 1996. *Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America and Post-communist Europe*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press.
- Lipset, Seymour M. 1994. The Social Requisites of Democracy Revisited. *American Sociological Review* 59:1-22.

- Lipset, Seymour M. 1959. Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy. *American Political Science Review* 53:69-105.
- Magaloni, Beatriz. 2008. Credible Power-Sharing and the Longevity of Authoritarian Rule. *Comparative Political Studies* 41:715-741.
- Magaloni, Beatriz. 2006. *Voting for Autocracy: Hegemonic Party Survival and its Demise in Mexico*. Cambridge/New York: Cambridge University Press.
- Magaloni, Beatriz, und Ruth Kricheli. 2010. Political Order and One-Party Rule. *Annual Review of Political Science* 13:123-143.
- Mahoney, James. 2001. Path-Dependent Explanations of Regime Change: Central America in Comparative Perspective. *Studies in Comparative International Development* 36:111-141.
- Mahoney, James. 2000. Path Dependence in Historical Sociology. *Theory and Society* 29:507-548.
- Mahoney, James, und Kathleen Thelen. 2010a. A Theory of Gradual Institutional Change. In *Explaining Institutional Change. Ambiguity, Agency, and Power*, Hrsg. James Mahoney und Kathleen Thelen, 1-37. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mahoney, James und Kathleen Thelen (Hrsg.). 2010b. *Explaining Institutional Change. Ambiguity, Agency, and Power*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mainwaring, Scott. 1992. Transitions to Democracy and Democratic Consolidation: Theoretical and Comparative Issues. In *Issues in Democratic Consolidation*, Hrsg. Scott Mainwaring. Notre Dame: University of Notre Dame Press.
- Merkel, Wolfgang. 2011. Die Herausforderungen der Demokratie zu Beginn des 21. Jahrhunderts. In *Die Qualität der Demokratie. Kriterien, Befunde, Herausforderungen*, Hrsg. Barbara Prammer, 19-29. Wien: Erhard Löcker.
- Merkel, Wolfgang. 2010a. Are Dictatorships Returning? Revisiting the 'Democratic Rollback' Hypothesis. *Contemporary Politics* 16:17-31.
- Merkel, Wolfgang. 2010b. *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Merkel, Wolfgang, und Aurel Croissant. 2000. Formale und Informale Institutionen in Defekten Demokratien. *Politische Vierteljahresschrift* 41:3-30.
- Munck, Gerardo L. 1996. *Disaggregating Political Regime: Conceptual Issues in the Study of Democratization*. Notre Dame, Kellogg Institute, <http://kellogg.nd.edu/publications/workingpapers/WPS/228.pdf>. Zugegriffen: 15.2.2012.
- North, Douglas. 1990. *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*. Cambridge/New York: Cambridge University Press.
- O'Donnell, Guillermo (Hrsg.). 1986. *Transitions from Authoritarian Rule: Comparative Perspectives*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press.
- O'Donnell, Guillermo, und Philippe C. Schmitter. 1986. Transitions from Authoritarian Rule: Tentative Conclusions About Uncertain Democracies. In *Transitions from Authoritarian Rule: Comparative Perspectives*, Hrsg. Guillermo O'Donnell, Baltimore: The Johns Hopkins University Press.
- Pierson, Paul. 2000. Increasing Returns. Path Dependence and the Study of Politics. *American Political Science Review* 94:251-267.
- Przeworski, Adam, und Fernando Limongi. 1997. Modernization: Theories and Facts. *World Politics* 49:155-183.

- Przeworski, Adam, Michael Alvarez, Jose Antonio Cheibub, und Fernando Limongi. 2000. *Democracy and Development: Material Well-being in the World, 1950-1990*. Cambridge/ New York: Cambridge University Press.
- Puddington, Arch. 2010. Freedom in the World 2010: Erosion of Freedom Intensifies.
- Putnam, Robert D. 1993. *Making Democracy Work. Civic Tradition in Modern Italy*. Princeton: Princeton University Press.
- Roessler, Philip G., und Marc Howard. 2009. Post-Cold War Political Regimes. When Do Elections Matter? In *Democratization by Elections: A New Mode of Transition*, Hrsg. Staffan J. Lindberg, 101-127. Baltimore: The Johns Hopkins University Press.
- Rueschemeyer, Dietrich, Evelyn Huber Stephens, und John Stephens. 1992. *Capitalist Development and Democracy*. Cambridge: Polity Press.
- Scharpf, Fritz W. 1999. *Governing in Europe: Effective and Democratic?* Oxford/New York: Oxford University Press.
- Schedler, Andreas. 2006. The Logic of Electoral Authoritarianism. In *Electoral Authoritarianism: The Dynamics of Unfree Competition*, Hrsg. Andreas Schedler, 1-23. Boulder: Lynne Rienner.
- Schmitter, Philippe C., und Karl Terry Lynn. 1991. What Democracy Is ... and Is Not. *Journal of Democracy* 2:75-88.
- Skaaning, Svend-Erik. 2006. *Political Regimes and Their Changes: A Conceptual Framework*. Stanford.
- Smith, Benjamin. 2005. Life of the Party. The Origins of Regime Breakdown and Persistence under Single-Party Rule. *World Politics* 57:421-451.
- Stefes, Christoph. 2010. Autoritäre Parteien und Kooptation im Kaukasus und auf dem Balkan. *Berliner Debatte Initial* 21:100-112.
- Stefes, Christoph. 2006. *Understanding Post-Soviet Transitions. Corruption, Collusion and Clientelism*. New York/Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Stefes, Christoph 2003. Kampf der Institutionen – Korruption, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft in den kaukasischen Nachfolgestaaten der SU. In *Demokratie und Staatlichkeit. Systemwechsel zwischen Staatsreform und Staatskollaps*, Hrsg. Petra Bendel, Aurel Croissant und Friedbert W. Rüb, 119-138. Opladen: Leske + Budrich.
- Stefes, Christoph, Alexander Schmotz, und Wolfgang Merkel. 2011. Diktatorendämmerung. Nordafrika und Nahost: Schwache Regime und starke Oppositionsbewegungen. *WZB-Mitteilungen* 133:25-28.
- Stillman, Peter G. 1974. The Concept of Legitimacy. *Polity* 7:32-56.
- Streeck, Wolfgang, und Kathleen Thelen (Hrsg.). 2005. *Beyond Continuity: Institutional Change in Advanced Political Economies*. New York: Oxford University Press.
- Svolik, Milan. 2009. Power Sharing and Leadership Dynamics in Authoritarian Regimes. *American Journal of Political Science* 53:477-494.
- Taagepera, Rein. 2003. *Prospects for Democracy in Islamic Countries*. <http://escholarship.org/uc/item/4j0660w5>. Zugriffen: 15.2.2012.
- Thelen, Kathleen. 2004. *How Institutions Evolve. The Political Economy of Skills in Germany, Britain, the United States and Japan*. New York: Cambridge University Press.
- Thelen, Kathleen. 1999. Historical Institutionalism in Comparative Politics. *Annual Review of Political Science* 2:369-404.

- Thelen, Kathleen, und Sven Steinmo. 1992. Historical Institutionalism in Comparative Perspective. In *Structuring Politics: Historical Institutionalism in Comparative Analysis*, Hrsg. Kathleen Thelen und Sven Steino, 1-32. Cambridge: Cambridge University Press.
- Ulfelder, Jay. 2007. Natural-Resource Wealth and the Survival of Autocracy. *Comparative Political Studies* 40:995-1018.
- Way, Lucan, und Steven Levitsky. 2006. The Dynamics of Autocratic Coercion after the Cold War. *Communist and Post-Communist Studies* 39:387-410.
- Way, Lucan, und Steven Levitsky. 2005. International Linkage and Democratization. *Journal of Democracy* 16:20-34.
- Weber, Max. 1956 [1921]. *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*. 1. HB, Hrsg. Johannes Winckelmann. Tübingen: Mohr.
- Westle, Bettina. 1989. *Politische Legitimität. Theorie, Konzepte, Empirische Befunde*. Baden-Baden: Nomos.
- Wintrobe, Ronald. 1998. *The Political Economy of Dictatorship*. New York: Cambridge University Press.